

POSTULAT

Urheber Komm. ÖS, durch Géraldine Arlettaz-Monnet, PLR, und Anton Lauber, CSPO
Gegenstand Verstärkung der Gruppe Spezialermittlungen der Kantonspolizei
Datum 12.03.2019
Nummer 4.0373

In ihrer parlamentarischen Initiative 7.0095 mit dem Titel «Terrorismus – verstärkte Überwachung der muslimischen Kultstätten» zeigt sich die UDC-Fraktion besorgt darüber, dass es im Wallis radikale Moscheen geben soll, in denen salafistische Prediger ihre Hassbotschaften verbreiten können. Sie fordert deshalb eine Anpassung der kantonalen Gesetzgebung in Sachen präventive Observation.

Der Kommandant der Kantonspolizei hat bestätigt, dass die sechs Walliser Moscheen allesamt überwacht werden. Die Kantonspolizei verfügt über eine Gruppe Spezialermittlungen, die hinsichtlich der Überwachung extremistischer politischer und religiöser Gruppierungen eng mit dem Nachrichtendienst des Bundes zusammenarbeitet. Die Hauptaktivität dieser Gruppe besteht in der ständigen Informationsbeschaffung, insbesondere vor Ort und in den sozialen Netzwerken. Die Präsenz vor Ort und die mit den verschiedenen Gemeinschaften im Wallis geknüpften Beziehungen ermöglichen es den Ermittlern dieser Gruppe, verdächtiges oder riskantes Verhalten (z. B. Radikalisierungen oder verdächtige Reisen ausserhalb des Kantons oder des Landes von Personen, die sich in radikalen Kreisen bewegen könnten) rasch zu erkennen. Die Gruppe Spezialermittlungen zählt gegenwärtig fünf Einheiten, die grösstenteils durch den Bund finanziert werden. Diese Gruppe spielt angesichts der Bedrohungslage in Europa eine wichtige Rolle. Glücklicherweise wurde in der Schweiz bis dato noch kein Attentat verübt, aber auch unser Land ist nicht gegen Attentate gefeit.

Eine Verstärkung der Gruppe Spezialermittlungen würde es ermöglichen:

- die Früherkennung hinsichtlich einer präventiven Intervention insbesondere bei jungen Konvertiten, die sich einem radikalen Islam verschrieben haben (z. B. Attentat in Strassburg, verübt durch einen radikalisierten und mehrfach vorbestraften Einzelgänger), zu verbessern
- die Überwachung von Reisenden, die radikalen Bewegungen angehören und Kontakte in unserem Kanton haben, und/oder von im Wallis wohnhaften Personen, die Verbindungen zu Kämpfern im Ausland (z. B. Somalia oder Syrien) haben, zu gewährleisten
- die Überwachung von Personen zu gewährleisten, die unser Land verlassen haben, um eine radikale religiöse Ausbildung zu absolvieren
- den Aufbau von Zusammenarbeits- und Austauschnetzen mit den staatlichen Partnern sowie den halbstaatlichen oder privaten Institutionen voranzutreiben

Schlussfolgerung

Die Kommission ÖS teilt die Anliegen der Urheber der parlamentarischen Initiative 7.0095. Darum fordert sie den Staatsrat auf, in Zusammenarbeit mit dem Departement für Sicherheit, Institutionen und Sport (DSIS) und der Kantonspolizei die Verstärkung der Gruppe Spezialermittlungen durch eine zusätzliche Einheit zu prüfen. Dabei gilt es insbesondere folgende Aspekte zu analysieren:

- Mehrwert einer zusätzlichen Einheit für die Terrorismusbekämpfung, aber auch für die Prävention von Gewalttaten von Einzelgängern – ein Phänomen, das die Kantonspolizei ebenfalls beunruhigt
- finanzielle Auswirkungen, wobei zu bedenken gilt, dass die Einheiten grösstenteils vom Bund finanziert werden.